

Branche beim Parlamentarisches Frühstück in Stuttgart im Gespräch mit Landtagsabgeordneten

Zu einem Parlamentarisches Frühstück haben in dieser Woche der Dachverband die Deutsche Automatenwirtschaft e.V. (DAW) und der Automaten-Verband Baden-Württemberg e.V. (AVBW) nach Stuttgart eingeladen und sich in diesem Rahmen mit zahlreichen Abgeordneten verschiedener Fraktionen des Landtages Baden-Württemberg ausgetauscht.



V.l.n.r.: Georg Stecker, Katrin Schindele MdL, August Schuler MdL, Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Nico Weimann MdL, Dirk Fischer, Klaus Hoher MdL, Michael Holderer. (Foto: AWI / DAW)

DAW-Vorstandssprecher Georg Stecker und der 1. Vorsitzende des AVBW, Dirk Fischer, erläuterten den Landtagsabgeordneten die alarmierende Situation der Branche in Baden-Württemberg. Die nur auf Mindestabstände und das Verbot von Mehrfach-Spielhallen ausgerichtete Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags ohne jede Qualitätsregulierung sei

einzigartig unter den Flächenländern in Deutschland und habe katastrophale Auswirkungen auf das legale Angebot im Land. „Nach derzeitigem Stand seien über 80 Prozent der legalen Spielhallen in Gefahr. Abgesehen von den Steuergeldern, die dem Land und den Kommunen wegbrechen werden, stehen bis zu 8.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel,“ erklärte DAW-Vorstandssprecher Georg Stecker.

Aufgrund der existenzbedrohenden Lage habe man im April eine entsprechende Petition an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses übergeben, so der 1. Vorsitzende des AVBW, Dirk Fischer. „22.122 Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg haben sich mit ihrer Unterschrift dieser Petition angeschlossen. Retten Sie mit einem fairen Landesglücksspielgesetz unsere Arbeitsplätze und unsere Betriebe! Es sind die staatlich konzessionierten Spielhallen, die den Zielen des Glücksspielstaatsvertrags nachkommen, ein legales Spielangebot zur Kanalisierung anbieten und durch fachlich geschultes Personal vor Ort einen hohen Standard beim Spieler- und Jugendschutz garantieren“, appellierte Dirk Fischer an die Politiker.

DAW-Vorstandssprecher Georg Stecker betonte: „Diese legalen Betriebe sind wichtig für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, den natürlichen Spieltrieb der Menschen in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken. Wer diese Betriebe vom Markt fegt, produziert illegale Angebote.“